

Weltrundschau : der Kampf der Unterentwickelten ; Amerika, der Retter der Welt? ; Der Umschwung in Guayana ; Und die Sowjetunion? ; Revidierter Sowjet-Sozialismus ; Das deutsche Elend ; Neues aus Italien

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **59 (1965)**

Heft 1

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140965>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

lichen Gründen eine «reine Erwerbsgesellschaft» geworden ist, deren Geist (oder Geistlosigkeit) alle Lebensgebilde durchdringt und verseucht. Wobei am bedenklichsten ist, daß auch die Kirchen weithin dem «American way of life» huldigen und ihn verklären. Wir Bürger der Alten Welt haben freilich keine Ursache, selbstgerecht auf die Amerikaner und ihre Lebensform hinabzusehen, leiden wir doch immer offenkundiger am gleichen Übel wie die USA-Menschen, wie Matthias festzustellen nicht unterläßt. Und wenn sein Buch mithilft, uns klarzumachen, was für Gefahren nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern vor allem geistig und sittlich unsere Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten mit sich bringt, dann hat es seinen Zweck erreicht. Es liegt ganz an uns selber, mit dieser tödlich wirkenden Abhängigkeit zu brechen.

H. K.

«Tullio und Giò Vinay», Riesi. Geschichte eines christlichen Abenteuers. Kreuz-Verlag, Stuttgart 1964.

Tullio Vinay, der Begründer der Gemeinschaft von Agape, hat in Riesi, einer der armseligsten Städte Siziliens, einen «Christlichen Dienst» eingerichtet. Das vorliegende Buch gibt eine Einführung über die Lage der Gegend von R. W. Schmidt. Es folgen Tagebuchblätter des Waldenser Pfarrers Tullio Vinay und seines Sohnes Giò seit dem Anfang des Unternehmens im November 1961 bis Ostern 1964. Außerdem geben uns ein Dutzend Photographien einen Eindruck der Gegend und ihrer Bewohner, und wir sehen die Anfänge des neuen Riesi, das der «Christliche Dienst» aufbauen will. Wir bekommen Einblick in mehr als zwei Jahre harten Kampfes in den verschiedensten Richtungen; aber es erwacht damit in uns auch eine leise Hoffnung, daß es doch möglich werden könnte, diese Zustände jahrhundertalter Ungerechtigkeit, die im Feudalsystem, in der Mafia, in Unwissen und Aberglauben ihre Wurzel haben, nach und nach zu beheben. Die Schilderungen des Sohnes von alten Sitten und Gewohnheiten, seine Berichte von Unterredungen mit den Amtsstellen und gemeinsamem Schaffen mit den Arbeitern wechseln mit den Überlegungen des Vaters über die menschlichen Beziehungen in dieser unserer Großstadtzivilisation so entgegengesetzten Welt, und über die Formen, die das christliche Zeugnis heute annehmen muß, um wirksam zu sein. Aus vielen Seiten fällt auch auf uns Sorge um das Gelingen des Werkes, das materielle, aber auch das geistige Gelingen; die Tatsache jedoch, daß Vater und Sohn trotz den Schwierigkeiten, die sich tagtäglich einstellen, den Kampf mit Gottvertrauen immer wieder aufnehmen und fortsetzen, gibt uns die Zuversicht, daß ihre Ausdauer belohnt werden wird, daß das *neue Riesi* ständig wachsen wird, in der Landschaft und vor allem im Herzen seiner Bewohner.

B. W.

WELTRUNDSCHAU

Der Kampf der Unterentwickelten Die Aufrichtung eines dauerhaften Friedenszustands und einer freiheitlich-sozialistischen Gesellschaftsordnung im nationalen und internationalen Maßstab wird auch im neuen Jahr den Hauptinhalt der Weltpolitik bilden. Eine besonders wichtige Rolle werden dabei die sogenannten *unterentwickelten Völker* zu spielen haben. Was deren leitender Gedanke ist, hat an der Konferenz der 47 «blockfreien» Staaten in Kairo vom vergangenen Herbst der ghanesische

Ministerpräsident Nkrumah klar ausgesprochen: «Es gibt so etwas wie ein friedliches Nebeneinander zwischen Staaten mit verschiedenartigen Gesellschaftssystemen. Aber solange Unterdrückerklassen bestehen, kann es nichts Derartiges wie ein friedliches Miteinander widerstreitender Weltanschauungen geben. Wir können nicht mit dem Imperialismus zusammenleben, nicht mit dem Kolonialismus und nicht mit dem Neukolonialismus. Es kann kein Miteinander von Armut und Überfluß geben, keines zwischen den Entwicklungsländern und den Kräften, die gegen ihren Fortschritt und ihre Entwicklung kämpfen.»

Es ist leicht zu sehen, daß diese Auffassung im wesentlichen der «chinesischen Linie» im Weltkampf entspricht und nicht der «sowjetischen», wie sie unter Chruschtschew verfolgt wurde, nicht jener Politik, die die Befreiung und den Aufstieg der zurückgebliebenen Völker den Bedürfnissen der älteren sozialistischen Länder und der Arbeiterbewegung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten unterordnete und den Sieg der unterentwickelten Völker von der zunehmenden Werbekraft der Sowjetunion und ihrer Gesellschaftsform erwartete, bei vorläufigem friedlichem Zusammenleben des sozialistischen Ostens mit dem kapitalistischen Westen. Gerade auch in den letzten Wochen ist die Feindseligkeit der meisten unterentwickelten Völker gegen die kolonial-kapitalistische Politik der Vereinigten Staaten und ihrer Bundesgenossen in so weit voneinander entfernten Ländern wie Ägypten (wegen des Kongokrieges) und die Philippinen, wie Indonesien und Tunesien und natürlich erst recht in Südvietnam, Kambodscha und Laos deutlich genug zum Ausdruck gekommen. Nicht zu reden von Mittel- und Südamerika, dessen Völker nur durch die immer noch überwältigend große Militär- und Wirtschaftsmacht der nordamerikanischen Union von offener Bekundung ihres Begehrens nach Befreiung von der Herrschaft der Yankees abgehalten werden.

Und all die unterentwickelten Völker sehen — mit Ausnahmen allerdings, besonders derjenigen Indiens — in *China* ihren großen Vorkämpfer, der durch die Herstellung einer ersten Atombombe bewiesen habe, daß er unter außerordentlichen Schwierigkeiten und ohne viel Hilfe aus fortgeschrittenen Ländern einer technischen Leistung ersten Ranges fähig sei und auch auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet die von ihm angehobene Revolution zu einem guten Ziel zu führen vermöge. Auf jeden Fall werden sich die Amerikaner im Blick auf die allmähliche Entwicklung einer eigenen Kernwaffenstreitmacht durch China gründlicher als bisher besinnen, wie weit sie in Ostasien mit der militärischen Herausforderung der Chinesen gehen können, so beängstigend auch die fortschreitende Erweiterung des Kreises der Atomkräfte sein mag. (China hat übrigens in aller Form erklärt, es werde nie als erstes Land Kernwaffen einsetzen, während Amerika sich immer geweigert hat, eine solche

Erklärung abzugeben, und hat außerdem wiederholt, aber ebenfalls vergeblich, eine Gipfelkonferenz zum Zweck der Abschaffung aller Atomwaffen gefordert.) Und wenn man dem Rechenschaftsbericht der Pekinger Regierung über das Jahr 1963 glauben darf, so hat nach den kritischen Jahren um 1961 und 1962 herum auch die chinesische *Wirtschaft* eine neue Festigung erfahren. Besonders die Landwirtschaft sei im vergangenen Jahr schneller vorwärts gekommen, als es bisher der Fall gewesen sei; aber auch die Wachstumsrate der Industrie sei größer als im Vorjahr gewesen, während sich gleichzeitig der Außenhandel ausnehmend lebhaft entwickle.

Amerika, der Retter der Welt? Es ist fast selbstverständlich, daß die Regierung der *Vereinigten Staaten* auch unter Johnson nicht daran denkt, das so mächtig aufstrebende China als bleibende Tatsache völkerrechtlich anzuerkennen. Und auch wenn in der UNO schließlich doch eine Mehrheit für die Aufnahme der Pekinger Republik in die Familie der Vereinten Nationen zustande käme, würde das «rote» China freilich seinen rechtmäßigen Platz in diesem Kreis nicht einnehmen, solange auch das «nationale» China (das einzig aus der Insel Formosa besteht) der UNO angehören darf, dessen ganzes Daseinsrecht sich auf die amerikanische Hoffnung gründet, daß von Formosa aus eines Tages das riesige chinesische Festland zurückerobert und der «freien Welt» eingegliedert werden könne. Wie dem aber auch sei: China bleibt der Feind Nr. 1 für die Vereinigten Staaten, deren berühmte Siebente Flotte Tschiang Kai-scheks Regiment auf Formosa schützt und darüber hinaus den ganzen westlichen Pazifik unter «Polizeikontrolle» hält. Die USA beanspruchen diese Aufgabe als ihre heilige Pflicht der Menschheit gegenüber, würden aber — siehe Kuba! — in Raserei geraten, wenn etwa eine sowjetische Kriegsflotte von ähnlicher Größe wie ihre Siebente Flotte (die 114 Schiffe und 650 Flugzeuge mit 40 000 Mann Betriebspersonal umfaßt) an der Westküste des Atlantischen Ozeans «Polizeikontrolle» machen wollte. Es ist wirklich so, wie der Mexikaner Leopold Aragon in der Zeitung «El Dia» am 23. August 1964 schrieb: «Die Vereinigten Staaten scheinen der Meinung zu sein, daß sie Gottes Ratgeber in irdischen Angelegenheiten seien, und daß Gott, nachdem er ihnen aufmerksam und achtungsvoll Gehör geschenkt, sie zu seinem Ordnungsgendarmen auf diesem Planeten ernannt habe. Die messianische Auffassung einer nationalen Sendung hat in neuerer Zeit keine Geltung in der Welt gehabt; ich glaube, das Spanien des 16. Jahrhunderts war die letzte Nation, die derartige Phantasien hegte . . . Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten kann nur mit dem Fanatismus der Gegenrevolution verglichen werden. Sie begehrt die Welt durch Aufzwingung der ‚Wahrheit‘ vom ‚Irrtum‘ zu erlösen.»

Im Dienst dieser mit religiöser Inbrunst erfaßten Aufgabe steht

eine gewaltige Militärmacht. «U. S. News & World Report», das vielgelesene amerikanische Wochenmagazin, stellt in seiner Weihnachtsausgabe (28. Dezember 1964) befriedigt fest: «Fast die Hälfte der Streitkräfte unserer Nation steht an wichtigen Plätzen in mehr als 30 auswärtigen Ländern. Im Ausland haben wir jetzt 425 000 Matrosen, 390 000 Soldaten, 210 000 Angehörige der Luftwaffe und 50 000 Marineinfanteristen. Hinter ihnen steht eine große Luftflotte — 1100 Atombomber und 850 Langstreckenraketen in den Vereinigten Staaten und eine im Meer versteckte Flotte von 18 Polaris-Unterseebooten mit 288 weiteren Atomraketen, die alle imstande sind, Rußland zu treffen.»

In Ost- und Südostasien zögern die USA freilich immer noch, aus ihrer vermeintlichen weltgeschichtlichen Sendung die letzte Folgerung zu ziehen. Ihr Kolonialkrieg in *Vietnam* erweist sich sicherlich immer handgreiflicher als hoffnungsloses Unternehmen. Die Aufstandsbewegung des Vietcong wird mehr und mehr die Sache des ganzen südvietnamesischen Volkes. Zwei Drittel des Landes stehen unter mehr oder weniger gut organisierter Verwaltung des Vietcong, der die Wirtschaft planmäßig in Gang setzt, Schulen eröffnet, Krankenhäuser und Entbindungsheime erstellt und seine Hand bereits nach der Hauptstadt Saigon ausstreckt. Aber die Bevölkerung der Vereinigten Staaten nimmt diese Entwicklung der Dinge im ganzen mit einer fast nicht glaublichen Gleichgültigkeit hin. Zwei Millionen Dollar kostet der Vietnamkrieg jeden Tag die USA, und die Verluste an Menschenleben, die die amerikanischen Streitkräfte dabei erleiden, sind auch nicht gering anzuschlagen. Aber offenbar macht das den Amerikanern nicht viel aus, sind doch allein über die drei Weihnachtstage in den Vereinigten Staaten mehr Menschen durch Verkehrsunfälle getötet worden als in fünf Jahren durch Kriegshandlungen in Vietnam. Immerhin: die Tatsache, daß rund ein Viertel des ganzen Offiziersbestandes der USA-Armee in Südvietnam festgelegt ist, gibt manchem Amerikaner allmählich doch zu denken. Dies um so mehr, als neuerdings sogar das südvietnamesische Offizierskorps gegen die amerikanische Besetzungsmacht zu rebellieren beginnt und die Zerrüttung des Regierungslagers fast heillos zu nennen ist.

Kein Wunder darum, daß der Ruf nach Ausdehnung des «schmutzigen Krieges» auf Nordvietnam in den Kreisen der militärischen und politischen Aktivisten immer stärker wird. Die Gefahr, daß sich China hinter seinen nordvietnamesischen Verbündeten stellen und auch die Sowjetunion irgendwie eingreifen könne, erscheint diesen Draufgängern viel geringer als der Schaden, den der «Schrecken ohne Ende», wie er jetzt in Südvietnam herrscht, auf die Länge anrichten müsse. Andererseits findet auch der Ruf «Heraus aus Vietnam!», den nicht wenige Politiker und Intellektuelle von Rang erheben, einen gewissen Widerhall in der Öffentlichkeit. Aber die

Regierung kann sich nach wie vor weder zu dem einen noch zu dem anderen Versuch einer Lösung der Krise entschließen. Sie ist immer noch von der Vorstellung beherrscht, daß ein Rückzug aus Vietnam den Verlust ganz Südostasiens für die «Freie Welt» nach sich ziehen müsse — und das in Kauf zu nehmen, verbiete doch von vornherein der große Auftrag, den «Gottes eigenes Land» vom Lenker der Weltgeschichte empfangen habe . . . Verhandlungen mit Nordvietnam und gar China über eine Neutralisierung Südostasiens einzuleiten, lehnt man in Washington ohnehin ab, mindestens solange das als Eingeständnis von militärischer und politischer Schwäche ausgelegt werden könne. Kurz: fortzuwursteln, allenfalls Südvietnam in aller Form als amerikanisches Untertanenland zu erklären und zu besetzen, scheint den Regierenden im Weißen Haus vorderhand als die einzige Möglichkeit, die den Vereinigten Staaten offenstehe, auch wenn für sie das Schicksal Frankreichs in Indochina immer unabwendbarer heranrückt.

Ob wohl die *britische Labourregierung* den Männern in Washington helfen will und kann, aus dem Schlammassel herauszukommen, in das sie sich hineinmanövriert haben? Wilson und Gordon Walker beteuern gewiß einmal übers andere ihre Treue zum Bund mit Amerika und gedenken davon in Guayana, Malaysia, Südarabien und Ägypten selber zu profitieren. Aber es kann ihnen doch nicht gleichgültig sein, ob es in Vietnam schließlich zu dem Zusammenbruch der USA-Politik kommt, der jetzt droht, oder ob sich Washington durch Einlenken auf den französisch-sowjetischen Konferenzvorschlag mit einem Mindestmaß von Einbuße an internationalem Ansehen aus der mißlichen Affäre zu ziehen vermag. Irgendeine Entscheidung wird die Regierung Johnson früher oder später doch treffen müssen, und das wird unvermeidlicherweise weitreichende Folgen für die ganze Weltpolitik nach sich ziehen.

Der Umschwung in Guayana Wie abhängig sich auch eine britische Labourregierung von den Vereinigten Staaten fühlt, zeigen die jüngsten Ereignisse in der britischen Kronkolonie *Guayana*. Unsere Leser kennen wohl aus früheren Darlegungen an dieser Stelle die schwierige Lage, in der sich dieser Kleinstaat an der südamerikanischen Nordostküste mit seinen 600 000 Einwohnern — meistens Abkömmlingen indischer Wanderarbeiter und afrikanischer Sklaven — befindet. Für den Bezug von Industriegütern ist er auf die Einfuhr vom Ausland, vor allem aus England, angewiesen, während er selbst Nahrungsmittel und Rohstoffe erzeugt. Armut, Krankheit, Unwissenheit und Unsicherheit sind das Los der Großzahl seiner Bürger. Es war daher die Absicht der im Jahre 1950 gegründeten Fortschrittlichen Volkspartei, diese unerträglichen Verhältnisse durch planmäßige wirtschaftliche und soziale Reformen zu überwinden und bei gleichzeitiger Gewinnung

der Unabhängigkeit von Großbritannien eine gesellschaftliche und politische Ordnung aufzubauen, die mehr oder weniger sozialistischen Charakter aufwies. Bei den ersten Wahlen zur Volksvertretung, die auf Grund einer Verfassung mit begrenzter kolonialer Selbstverwaltung im Jahre 1953 vorgenommen wurden, erlangte die Volkspartei sofort die Mehrheit. Gestützt auf eine wohlorganisierte Anhängerschaft, die im wesentlichen aus städtischen Werktätigen und Landarbeitern indischer Abstammung bestand, bildete der Führer der Partei, Dr. Cheddi Jagan, sein erstes Ministerium und nahm tatkräftig die versprochenen Reformen an die Hand. Ein zweites Mal im Jahr 1957 und ein drittes Mal 1961 auf Grund freier Wahlen zur Regierung gelangt, setzte Jagan seine Reformpolitik planmäßig fort und forderte mit steigendem Nachdruck die Gewährung der staatlichen Unabhängigkeit für Guayana. Das war nun aber endgültig zuviel sowohl für die konservative Regierung in England als namentlich für die Geschäftswelt der Vereinigten Staaten, die eben Lateinamerika als ihr einträglichstes Jagdgebiet betrachtet und um keinen Preis eine Nachahmung des kubanischen Beispiels in Guayana dulden will. Mit Hilfe des «Nationalen Volkskongresses», der vornehmlich von Negern getragen und von dem Rechtsanwalt Burnham geführten Oppositionspartei, organisierten die ausländischen Gegner der Regierung Jagan nach 1961 eine regelrechte Gegenrevolution, die mit Streiks, Gewalttaten aller Art und politischer Einschüchterung größten Kalibers den Sturz des verhaßten «kommunistischen Regimes» erzwingen wollte und einmal sogar zur Ausplünderung und Niederbrennung eines großen Teils der Hauptstadt Georgetown führte.

Als auch das nichts nützte, entschloß sich die britische Regierung neuerdings zum Eingreifen, nachdem sie schon im Jahr 1953 Kriegsschiffe nach Guayana entsandt, die Verfassung zeitweilig außer Kraft gesetzt und das Standrecht verkündet hatte. Gleichzeitig erlangte Präsident Kennedy, der unter dem gescheiterten «Freischärlerzug» nach Kuba litt, vom britischen Ministerpräsidenten die Zusage, daß Guayana solange nicht die Unabhängigkeit bekommen werde, als Jagans Volkspartei am Ruder sei. Als klügstes Mittel, dieses Regime zu brechen, ersann man in London eine Änderung des Wahlrechts mit Einführung eines Verhältniswahlsystems, das auf die Benachteiligung der Volkspartei, die Begünstigung der Negeropposition und die Bildung kleinerer Splitterparteien zugeschnitten war. Das erstrebte Ziel wurde jedoch nur teilweise erreicht. Bei den Wahlen vom vergangenen Dezember verlor die Volkspartei zwar die Mehrheit in der Gesetzgebenden Versammlung, blieb aber mit 24 Abgeordneten doch die stärkste Gruppe, während die Partei Burnhams 22 Sitze und die kleinbürgerliche Partei von Peter d'Aguiar deren sieben errang. Es bedurfte dennoch einer königlichen Verfügung, die der neue, der Labourregierung angehörige Kolonialminister zustande brachte, um die förmliche Absetzung der Regierung Jagan durchzudrücken und

den Führer der Opposition mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen.

Ob die Koalitionsregierung Burnham-d'Aguiar, die nun das Heft in der Hand hat, lebensfähig ist, muß sich aber erst noch erweisen. Bisher weigert sich die Volkspartei, an den Sitzungen der Gesetzgebenden Versammlung teilzunehmen, und wenn sie je wieder im Parlament erscheinen sollte, wird dennoch ein Regieren gegen die stärkste Partei des Landes auf die Länge kaum möglich sein. Jedenfalls steht die britische Labourregierung vor einer heiklen Aufgabe. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß sie in Guayana wie in England selbst eine böse Erbschaft von den Konservativen übernommen hat, sollte man von ihr erwarten dürfen, daß sie mindestens auf der Heranziehung auch der Volkspartei zur Regierungsverantwortung beharrt und grundsätzlich der Kolonie die Gewährung voller staatlicher Unabhängigkeit in Aussicht stellt. Aber der Druck, der von Washington aus auf sie ausgeübt wird, ist offenbar noch zu stark, als daß sie sich zu einem Kurs entschließen könnte, der infolge der Mitregierung der Volkspartei die «Gefahr» eingreifender Reformen in der Richtung auf eine soziale Planwirtschaft früher oder später eben doch wieder heraufbeschwören würde.

Und die Sowjetunion? Wie wird sich angesichts der andauernden Unbeweglichkeit der amerikanischen Weltpolitik, die keine ernsthaften Anzeichen für eine Abkehr von ihrem gegenrevolutionären Kurs aufweist, das weitere Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gestalten? Präsident Johnson hat in seiner Botschaft über die Gesamtlage der USA aufs neue der Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden «Übermächten» das Wort geredet und gewisse Hoffnungen auf ein genaueres gegenseitiges Kennenlernen der auseinandergehenden Auffassungen hüben und drüben gesetzt. Und sein Außenminister Rusk hat sich in einer Fernsehsendung sogar «durch die Haltung der neuen Führer im Kreml zur friedlichen Koexistenz ermutigt» erklärt, wenn er auch gleich hinzugefügt hat, die Einstellung der neuen Sowjetführung zum vietnamesischen Problem und zur Kongofrage sei «besorgniserregend».

In Washington kann tatsächlich die neue Linie, die Moskau seit der Ausschaltung Chruschtschews zu verfolgen begonnen hat, nur Mißtrauen und Enttäuschung hervorrufen. Man glaubte bereits sicher zu sein, daß die Sowjetunion innen- und außenpolitisch dem kapitalistischen Westen immer näher kommen werde, so daß die Koexistenzpolitik — trotz anderslautenden Beteuerungen ihres Moskauer Vorkämpfers — nicht ein friedliches Nebeneinander *verschiedenartiger* Gesellschaftssysteme beinhalten würde, sondern deren zunehmende *Angleichung*, und zwar auf Kosten des kommunistisch-

sozialistischen Ideals. Und nun muß man feststellen, daß im Zusammenhang mit der Zuspitzung des sowjetisch-chinesischen Gegensatzes und zum Zweck der Verhinderung eines völligen Bruches zwischen Moskau und Peking mindestens in der Außenpolitik der Sowjetunion wieder eine schärfere Betonung der kämpferisch-sozialistischen, der «leninistischen», klassenmäßig ausgerichteten Auffassung von der Weltlage Platz gegriffen hat. Die neue Sowjetführung kommt der Haltung, wie sie Dr. Nkrumah an der Kairoer Konferenz eingenommen hat, in all ihren öffentlichen Erklärungen mit sichtlicher Beflis-senheit weit entgegen. Sie macht den Kampf der unterentwickelten Völker wieder mehr als früher zu ihrer eigenen Sache. Sie verspricht dem kommunistischen Nordvietnam unmißverständlich Hilfe, «falls es die Angreifer wagen sollten, seine Souveränität und Unabhängigkeit in Frage zu stellen». Sie tritt rückhaltlos auf die Seite derjenigen afrikanischen Staaten, die dem im Kongo — wenn auch in verschlei-erter Form — von den Westmächten betriebenen Neukolonialis-mus entgegentreten. Und sie läßt es sogar auf den Ausschluß der Sowjetunion aus der Organisation der Vereinten Nationen ankommen, als Strafe für die beharrliche Nichtbezahlung sowjetischer Bei-träge für militärische Unternehmungen der UNO im Kongo und im Nahen Osten, haben doch die aus diesem Titel entstandenen Schulden Moskaus eine Höhe erreicht, die nach der UNO-Satzung den Verlust des Stimmrechts des fehlbaren Staates nach sich ziehen müßten.

All das wäre wohl unter Chruschtschew unmöglich gewesen. Aber nun hat sich eben das Blatt gewendet. Man findet im Kreml, daß Chruschtschew mit seiner Politik der Annäherung an die Vereinigten Staaten auf einen gefährlichen Weg geraten ist und daß Washington unter Koexistenz etwas erheblich anderes versteht, als was der ursprüngliche, ja schon von Lenin erläuterte Sinn dieses Wortes war. Die Zugeständnisse, die der frühere sowjetische Ministerpräsident in bezug auf Deutschland, Kuba, Südvietnam, Kuba usw. gemacht hat, wurden — so stellt man in Moskau jetzt fest — von Amerika nicht mit einem ähnlichen Entgegenkommen beantwortet und ließen Chruschtschew in der sozialistischen Welt als schwachmütigen Anpasser, wenn nicht als Schlimmeres erscheinen. Die persönliche Diplomatie, die Chruschtschews Schwiegersohn in Westdeutschland betrieb, und seine eigene Absicht, den Bonner Politikern seine Aufwartung zu machen, ließen düstere Ahnungen für das Schicksal der ost-deutschen Republik aufkommen, so wie Moskaus tatenlose Hinnahme der Beschießung nordvietnamesischer Häfen und Schiffe durch ameri-kanische Bomber die Vermutung nahelegte, Chruschtschew sei bereit, den Vereinigten Staaten freie Hand in Südostasien zu lassen. Mit dieser Politik ist es jetzt vorbei. Moskau hält wieder geflissentlich zu Peking (nicht nur aus Angst, die Chinesen könnten den Russen in

der Welt der unterentwickelten Völker den Rang ablaufen), und wenn nun am 1. März die Gipfelkonferenz der kommunistischen Parteien in Moskau zusammentritt, die zuerst auf Mitte Dezember 1964 angesetzt war, so dürfte die Luft, die dort herrschen wird, wesentlich verschieden von derjenigen sein, die Chruschtschew und seine Anhänger (unter denen sich ja die mächtigsten der heutigen Gegner seines Kurses befanden) im Laufe der letzten paar Jahre erzeugt hatten . . .*

Revidierter Sowjet-Sozialismus Wenn so in der sowjetischen Außenpolitik wieder klareres, grundsätzlich-sozialistisches Denken zum Durchbruch zu kommen scheint, so kann man das Gleiche nicht von der *Innen- und Wirtschaftspolitik* sagen. Die Chinesen übertreiben auch hier ihre Kritik an Chruschtschew maßlos, wenn sie behaupten, er habe «sämtliche antimarxistischen Ansichten aller bisherigen Opportunisten» zusammengeklaut und «versucht, das sozialistische System durch die Ideologie, Politik, Wirtschaft und Kultur der Bourgeoisie zu ersetzen» und den Kapitalismus wieder zur Herrschaft zu bringen». Dennoch kann nicht geleugnet werden, daß — wie wir hier wiederholt festgestellt haben — der Sozialismus auch in der Sowjetunion während der letzten Jahre in Theorie und Praxis bedenklich abgewertet wurde und der Eindruck entstehen konnte, das «erste revolutionär-sozialistische Land der Erde», wie die Sowjetunion immer genannt wird, sei auf dem Weg, «nur ein rotangestrichenes Amerika mit möglichst hohen Produktionsziffern und sensationellen technischen Leistungen zu werden». (Vgl. «Neue Wege», November 1964, Seite 337.)

Ähnliche Feststellungen finden wir im Dezemberheft 1964 der Neuyorker «Monthly Review». Die Zeitschrift macht auf einen Bericht der amerikanischen «Business Week» vom 31. Oktober 1964 aufmerksam, wonach künftig ein Drittel der sowjetischen Schuh- und Kleiderfabriken ihre Produktions- und Preispolitik nicht mehr nach plan-, sondern nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen richten würden, ähnlich wie es in der jugoslawischen Wirtschaftspolitik schon seit einigen Jahren fast allgemein geübt wird. Die hier zum Ausdruck kommende Denk- und Handlungsweise, so bemerkt die «Monthly Review», berge die größten Gefahren für den Fortbestand des Sozialismus selber in sich. Eine sozialistische Planwirtschaft könne nur erfolgreich arbeiten, wenn sie entweder durch Zwang von oben die notwendigen Leistungen aus den Menschen heraushole (und da-

* Ob wohl die sowjetische Mißbilligung von Sukarnos Feldzug gegen Malaysia, den China gutheißt, aufs neue Zwistigkeiten in den Beziehungen der beiden großen kommunistischen Reiche hervorrufen wird, bleibt abzuwarten. Auch in ihrer Haltung gegenüber Indien stimmen ja Moskau und Peking gar nicht miteinander überein. (14. Januar)

von könne nur als zeitweilige Notmaßnahme die Rede sein), oder aber wenn die Gemeinschaft auf freiwillige Höchstleistungen sozialistisch empfindender und denkender Arbeiter gegründet sei. Nur die leidenschaftliche Hingabe der Arbeiter an die Ideale und Verheißungen der Revolution habe die großen Leistungen der Sowjetwirtschaft in der Vergangenheit möglich gemacht — ein Schwung und ein Idealismus, der aber in den letzten Jahren nachgelassen habe, ohne daß entsprechende neue, materielle Antriebe aufgekommen seien, die jedoch nur wieder das Gewinnstreben in die Menschen pflanzen und die private Begehrlichkeit anstacheln könnten. Man müsse darum hoffen, daß in der Sowjetunion die gewaltigen Triebkräfte wieder entdeckt und für die Wirtschaft nutzbar gemacht würden, die in der Teilnahme des Volkes an der politischen Willensbildung lägen — im Gegensatz zu einem System, das die Willensbildung und Macht-ausübung im Staat in die Hände einer schmalen Schicht tatkräftiger, hochbegabter und tüchtiger, aber abseits der Volksmehrheit lebender Beamter und Wirtschaftsdirektoren lege.

Auch wir hoffen und wünschen zutiefst, daß die Entwicklung in der Sowjetunion diesen Weg nehmen werde. Es müßte daraus großer Segen auch für die noch im Bann der kapitalistischen Profitwirtschaft lebenden Völker erwachsen. Inzwischen kann aber die Abschwächung des Willens zum Sozialismus, wie sie in der Sowjetunion bemerkbar ist, den sowjetisch-chinesischen Gegensatz sicher nicht mildern. Dieser Gegensatz ist, wie wir immer betont haben, in der Natur der Dinge begründet, glaubt man doch in der Sowjetunion mit dem Aufbau des Sozialismus bereits aus dem Größten heraus zu sein, während die Chinesen noch mitten in den Schwierigkeiten und Nöten stecken, die die revolutionäre Befreiung vom einheimischen und ausländischen Ausbeutertum mit sich gebracht hat. Das braucht aber nicht zu verhindern, daß die beiden kommunistischen Internationalen, die mit Moskau und Peking als Mittelpunkten tatsächlich bestehen, friedlich und kameradschaftlich zusammenarbeiten und den Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus gemeinsam führen. Wobei freilich ein Einverständnis darüber erreicht werden müßte, daß dieser Kampf nicht zu einem dritten Weltkrieg führen dürfe, sondern in friedlichem Wettbewerb der beiden sich heute gegenüberstehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme ausgetragen werden müsse. Die Losungen von der Koexistenz und der west—östlichen Entspannung können vernünftigerweise nur *diesen* Sinn haben.

Das deutsche Elend Eines der größten Hindernisse für eine so verstandene unkriegerische Lösung der Streitfragen, die zwischen «Ost» und «West» und im besonderen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten schweben, ist nach wie vor *Westdeutschland* mit seiner Ostlandpolitik und seiner

militärischen Hochrüstung, die nicht nur in England und Frankreich, sondern mehr und mehr auch in Amerika ein eigentliches Unbehagen erzeugt. Man hat das aufs neue anlässlich der Dezembertagung der NATO-Minister in Paris feststellen können. Der westdeutsche Außenminister Schröder erlitt dabei mit seinem Verlangen nach einem gemeinsamen Vorstoß der Westmächte zur Lösung der Deutschlandfrage eine Abfuhr, wie sie die Bonner Politik schon lang nicht mehr erlebt hat. Die Schrödersche Anregung zielte eben auf nichts Geringeres ab als auf den sinnlosen Versuch, die Sowjetunion zur Annahme der westdeutschen Bedingungen für die Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten zu veranlassen, vor allem einer Volksabstimmung in Ost- und Westdeutschland über die Vereinigungsfrage, die, wie man in der Bundesrepublik mit Bestimmtheit annimmt, den Weg für die Aufsaugung der DDR durch den Bonner Staat und damit zur Angliederung auch Ostdeutschlands an den Westblock frei machen würde. Daß so etwas für die Sowjetunion überhaupt nicht in Frage kommen kann, zumal damit natürlich auch der Weg für die Zurückholung der 1945 verlorenen deutschen Ostgebiete freigemacht werden soll, das sieht man in Westdeutschland immer noch nicht ein (oder tut so, als ob der sowjetische Widerstand auf völlig unberechtigtem Mißtrauen gegen die «friedlichen» Ziele der Bonner Außenpolitik beruhe). Man sieht es aber mit zunehmender Deutlichkeit in Amerika, England und Frankreich ein, so daß nicht nur der Vorstoß Schröders in Paris scheiterte, sondern vor allem in den Vereinigten Staaten gar keine Neigung besteht, die «neue Deutschland-Initiative» in Berücksichtigung zu ziehen, die in Bonn allen Warnungen und Widerständen aus dem Kreis der NATO-Mächte zum Trotz mit sturer Verbissenheit vorbereitet wird. Ähnliches gilt von dem westdeutschen Beharren auf Mitsprache bei der Planung des Einsatzes atomarer Waffen des Westbundes gegen den Osten.

Wie sehr die Bonner Staatskünstler von allen guten Geistern verlassen sind, lehrt auch der dem westdeutschen Oberkommandierenden Trettner zugeschriebene Plan, im Zeichen der «Vorwärtsverteidigung» entlang der Grenze gegen die DDR einen Atom-Minengürtel zu legen, der den (angeblich befürchteten) russischen Stoß gegen Westeuropa aufhalten solle. Das Unglück ist nur, daß diese Idee, wie Wolf Schenke in der «Neuen Politik» (Hamburg, 26. Dezember 1964) schreibt, «nicht zu einem *allgemeinen* Aufschrei aller Deutschen in der Bundesrepublik geführt hat, der die Herren Trettner und von Hassel am nächsten Tage hinweggefegt hätte. Nur die Bevölkerung in den bei der Verwirklichung des Wahnprojektes unmittelbar betroffenen ‚Grenz‘gebieten an der Teilungslinie und ihre Vertreter haben aufgemuckt. Die Masse der Kölner, Freiburger und Münchner läßt es kalt, was in Ratzeburg, Uelzen, Kassel und Hof geschehen könnte. Es geht uns ja gut, was schert uns der Nachbar? ... Wir

sind in der Bundesrepublik ein Volk von Nichtdenkern und Kurzsichtigen geworden — was heißt Volk? Eine Masse von isolierten Individuen, Verbrauchern, die jeder für sich da sind und die ihre Vereinsamung und seelische Leere in Angeberei, Zerstreuung und Hemmungslosigkeit betäuben.»

Nicht anders steht es mit der ganzen katastrophalen Außen- und Militärpolitik der Bonner Regierung wie auch mit ihren innenpolitischen Plänen, unter denen die berüchtigte «*Notstandsgesetzgebung*» der schlimmste ist. Von einer Volksbewegung gegen diesen Plan, der schon nahe an seine Verwirklichung herangerückt ist, findet sich keine Spur; auch die Sozialdemokratische Partei, die bereits in der Außenpolitik jeden Widerstand gegen den Regierungskurs aufgegeben hat, um ja nicht als national unzuverlässig zu erscheinen, hat sich unter etwelchen Vorbehalten mit dem Gesetzesungeheuer abgefunden, das der sowieso mehr als fragwürdigen westdeutschen Demokratie vollends den Garaus machen würde.

Mit Recht warnt Martin Niemöller in der «*Stimme der Gemeinde*» eindringlich vor solcher Preisgabe allen Widerstandes gegen die Bonner Politik. Ein Staat ohne Opposition, so sagt er, müsse in Korruption verfallen, «und diese Korruption kann nur in der Diktatur enden, und dann wird Hitler ein Waisenknabe sein im Vergleich zu dem, was dann kommt». Hitler sei zwar tot, «aber das hilft uns in der großen Weltpolitik nichts, wenn jedermann überzeugt ist, daß nicht das deutsche Volk ein Opfer Hitlers war, sondern daß vielmehr Hitler nur ein Kind des deutschen Geistes gewesen ist», dieses Geistes, so fügen wir hinzu, der sich seit Hitler allen gegenteiligen Versicherungen zuwider im Grund nicht gewandelt hat — mindestens nicht zum Guten. Wo aber soll das alles enden? Wird diesmal doch zustande kommen, was in den dreißiger Jahren gefehlt hat und was alle mit dem deutschen Geisteszustand Vertrauten damals vergeblich gefordert haben: eine *Einheitsfront der anderen Völker* gegen das Unheil, das von Deutschland her immer wieder der Welt droht?

Neues aus Italien Erfreulicher ist, was über Italien berichtet werden kann. Die Wahl des *Staatspräsidenten*, aus der nach 21 Abstimmungen schließlich der bisherige Außenminister *Saragat* als Sieger hervorging, war zwar ein groteskes politisches Theater, das die Mitspieler wie die Zuschauer auch als solches genossen haben. Aber sie war dennoch sachlich überaus bemerkenswert als Ausgangspunkt für Entwicklungen, die Italien zum Heil dienen können.

Ihr erstes und hervorstechendstes Ergebnis war, daß die Christlichdemokraten, die tragende Regierungspartei also, nicht imstande waren, ihren Kandidaten durchzubringen. Schon im ersten Wahlgang rebellierte ihr linker Flügel, der sich, mit Fanfani und Pastore als

Führern, vor allem auf die katholischen Gewerkschaften stützt und unter widrigsten Umständen trotz dem Eingreifen des Vatikans zugunsten der Rechten bis zum Schluß tapfer durchhielt. Damit bekam auch die Regierungskoalition der «linken Mitte» einen schweren Schlag, zumal da die Sozialisten um Nenni und die Sozialdemokraten ebenfalls nicht Disziplin hielten. Der Riß im Koalitionslager wurde zwar gegen den Schluß des fast vierzehntägigen Marktes notdürftig verkleistert, als es gelang, in Saragat einen Einheitskandidaten zu finden, dem die «linke Mitte» mehr oder weniger geschlossen zustimmen konnte, obwohl es die christlichdemokratische Rechte anfangs entschieden abgelehnt hatte, den «ungläubigen» Saragat zu schlucken. Aber der Preis dieses «Erfolgs» war hoch genug: Saragat konnte nur mit Hilfe der Kommunisten obenaufschwimmen, und diese machten ihre Unterstützung davon abhängig, daß der zu Wählende in bindender Form jede Ächtung der Kommunisten ablehne. Die Bedingung wurde angenommen — und das war der zweite kennzeichnende Zug der Wahl: der Verzicht auf den engherzigen Antikommunismus, dem Saragat bisher gehuldigt hatte und der mehr und mehr auch auf Nenni und seine Gefolgschaft abgefärbt hatte. Die kommunistische «Rinascita» (2. Januar) stellt denn auch mit Genugtuung fest: Die Kommunistische Partei ist ein «bestimmendes Gewicht» in der italienischen Politik geworden; ihre Isolierung kann nicht mehr das Ziel der sich zur Linken und zur Mitte zählenden Gruppen sein, es kann nurmehr *demokratische* Lösungen für die Probleme geben, die sich der italienischen Politik stellen.

Man wird natürlich nicht für sofort eine entscheidende Wendung der italienischen Politik erwarten können. Aber wenn auch Saragat in der Außenpolitik durchaus «amerikanisch» denkt und seinen Einfluß entsprechend geltend machen wird, so legen ihm die Umstände, unter denen er gewählt wurde, doch ganz bestimmte Verpflichtungen auf, denen er sich bei kommenden Regierungsbildungen nicht wird entziehen können. Dabei hängt freilich sehr viel von der künftigen Haltung des linken Flügels der Democristiani ab, der am Schluß nicht für Saragat gestimmt hat und sich vielleicht von der Gesamtpartei lösen wird. Die Frage ist auf jeden Fall, ob und wieweit es gelingt, eine *Front der Linken* herzustellen, die von den Kommunisten über die Unabhängigen Sozialisten und die Nenni-Sozialisten bis zu den Sozialdemokraten, der Partei Saragats, reichen würde. Ob die Sozialdemokraten jemals bei einer solchen Gruppierung mitmachen würden, darf bei ihrer sozusagen vollkommenen Verbürgerlichung bezweifelt werden. Hingegen ist es erlaubt, eine wachsende Bereitschaft der katholischen Arbeitermassen zur Herstellung einer Handlungsgemeinschaft mit den übrigen Linksgruppen vorauszusehen, zumal der Einfluß der römischen Kirche auf das «gewöhnliche» Volk offenkundig im Schwinden ist. «Mondo Nuovo» (3. Januar), die Wochenzeitung der «Sozialistischen Partei für Proletarische Einheit», deren Abge-

ordnete, wie auch der linke Flügel der von Nenni geführten Sozialistischen Partei, Saragat abgelehnt haben, schreibt in diesem Sinn: «Unser Kampf gegen die linke Mitte ist immer der Kampf für neue Einheitsbewegungen gewesen im Bestreben, den katholischen Arbeitern zu helfen, sich aus dem politischen Gefängnis zu befreien, in dem sie eingesperrt sind. Das ist das große politische Thema, das heute wieder auf der Tagesordnung steht. Sollten die Männer der christlichdemokratischen Linken Angst vor ihrer Courage haben, so wäre ihr Einsatz, ihr moralisch folgerichtiges Handeln — all das wäre vergebens. Wir wünschen uns, es möge nicht so sein. Wir werden alles tun, damit es nicht so sei.»

6. Januar

Hugo Kramer

An unsere Abonnenten

Diesem Heft der «Neuen Wege» liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten unsere Abonnenten höflich, ihn zur Überweisung des Abonnementsbetrages für 1965 zu benützen. (Abonnement jährlich Fr. 25.—; halbjährlich Fr. 12.50; vierteljährlich Fr. 6.25.)

Der Einzahlungsschein liegt aus technischen Gründen der ganzen Auflage der Inlandabonnenten bei. Für bereits bezahlte Abonnements 1965 recht herzlichen Dank. Die Auslandabonnenten bitten wir freundlich, den diesbezüglichen Hinweis auf Umschlagseite 2 zu beachten.

Werben Sie eifrig für die «Neuen Wege». Auch Geschenkabonnements und freiwillige Beiträge in den Betriebsfonds sind zum Weiterbestehen der Zeitschrift unerlässlich. Für alle Ihre Bemühungen herzlichen Dank.